



Peter Stahn: Opel – wie weiter im neuen Konzern?

Otto König/Richard Detje: Die Zuliefererindustrie

Beiträge u.a. von

Gine Elsner, Andreas Fisahn, Horst Kahrs, Lutz Brangsch, Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Klaus Busch, Volker Telljohann, Bernd Riexinger

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Investitionen jenseits der Schuldenbremse

Wegen der mehr als bescheidenen
Initiativen der GroKo in Sachen öf-
fentlicher Kapitalstock fordern BDI
und DGB gemeinsam ein auf meh-
rere Jahre angelegtes Programm für
deutlich höhere öffentliche und pri-
vate Investitionen.

Kanonenbootpolitik bis vor Chinas Haustür

In einer Grundsatzrede hat Verteidi-
gungsministerin AKK vor dem Offi-
ziersnachwuchs eine Ausweitung der
deutschen Militäreinsätze gefordert.
Das passt zu ihrer Logik, die Bundes-
wehr auch im Inneren sichtbarer zu
machen (öffentliche Gelöbnisse).

Was ist die »Grundrente« und, wenn ja, wie viele?

Am 10. November hat sich die GroKo
nach langen und kontroversen De-
batten auch innerhalb und zwischen
CDU und CSU auf die Einführung ei-
ner »Grundrente« ab dem Jahr 2021
verständnis. Möglich wurde dies nur,
indem ein größeres Paket geschnürt
wurde, in das neben der Grundrente
weitere Maßnahmen eingeflossen
sind.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Politisches System: Erosion des Vertrauens

Klaus Bullan: Zwischen »Fridays for Future« und AfD
Die Shell Jugendstudie 2019 2

Horst Kahrs: »Rechts wirkt«, links schwächelt
Gesamtdeutsche Aspekte der ostdeutschen Landtagswahlen 8

Joachim Bischoff:
Die AfD und die Transformation des Parteiensystems 14

Bernd Riexinger: Linker Green New Deal als politisches Projekt
Thesen zur Zukunft der LINKEN 20

Europa: Süd-Ost

Klaus Busch/Volker Telljohann:
Conte II – neue Hoffnung für Italien und die EU? 26

Lutz Brangsch: Das Regime Putin
Was zu lange währt, wird nicht besser 32

Auswege aus der Armutsfalle

Andreas Fisahn: »Im Prinzip ja, aber ...«
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Hartz-IV-Sanktionssystem 37

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Armut in einer reichen Gesellschaft 42

Forum Gewerkschaften

Peter Stahn: Opel – wie weiter? Menetekel für eine krisengetriebene
Transformation der Automobilindustrie? 49

Otto König/Richard Detje: Sparprogramm statt Zukunftskonzepte | Automobil-
& Zulieferindustrie: Arbeitgeber fordern Verzicht – IG Metall mobilisiert 54

Günter Busch: Meilenstein für die Pflege
Tarifabschluss Universitätskliniken Baden-Württemberg 58

Debatte | Impressionen

Michael Wendt: Mikro- oder Makrosteuerung? Warum die moderne Geldtheorie
Wege zur Überwindung des neoliberalen Mainstreams aufzeigen kann 61

Gine Elsner: Ein Sommer in Cuxhaven | Begegnungen mit löchriger Infra-
struktur, mangelnder Arztversorgung, Kolonialgeschichte & Ringelnetz 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 67

Veranstaltungen & Tipps 68

Tim Solcher: Wir sind die Welle (Filmkritik) 69

Supplement

Klaus Steinitz

Aus Erfahrungen lernen

Damit Sozialismus wieder zu einer realen Alternative wird

Das Regime Putin: Was zu lange währt, wird nicht besser ...

von ■ Lutz Brangsch



Nationalgardisten bei einer oppositionellen Demonstration in Moskau, 20.7.2019 (Foto: dpa)

Gefühlt täglich liest man in der russländischen Presse Umfragen mit dem immer gleichen Ergebnis: Die Menschen wollen Veränderungen, gar grundlegende Veränderungen. Offen bleibt allerdings, welche. Diese anhaltende und wachsende Unzufriedenheit ist angesichts der Entwicklungen seit der letzten Präsidentschaftswahl durchaus ernst zu nehmen. Die Auseinandersetzungen um die Wahlen zur Moskauer Duma und die z.T. harten Reaktionen auf die damit verbundenen Proteste haben, so zeigt sich jetzt, durchaus auch in anderen Landesteilen die Kritik am politischen System wachsen lassen (Aptekar' 2019). Eine Umfrage des Meinungsforschungs-

instituts Levada sieht an der Spitze der Probleme, die die Bevölkerung beunruhigen, die Preissteigerungen (59% der Befragten), die drohende Verarmung (42%) und die Korruption (41%). Gegenüber dem August 2018 sind vor allem die Ängste bezüglich der wachsenden Zahl von Migrant*innen (von 10% auf 18%), der Willkür seitens der Beamten (von 14% auf 16%), der Schwäche der Staatsmacht (von 9% auf 15%), der Unmöglichkeit, vor Gerichten Recht zu bekommen (9% auf 13%), der Polizeigewalt (7% auf 11%) sowie Rückständen bei der Auszahlung von Löhnen und sozialen Leistungen (7% auf 10%) gewachsen (Levada-centr 2019b).

Durch die Installierung der Partei »Einiges Russland« und der »Gesamtrussischen Volksfront« (Общероссийский народный фронт) wurde schon vor Jahren versucht, der Gesellschaft ideologisch-organisatorische »Streben« einzuziehen, Vermittlungen zwischen der Präsidialmacht und der »Zivilgesellschaft« zu schaffen. Inzwischen scheint die Kritik an der Politik der Zentralregierung in Moskau auch aus den Reihen von »Einiges Russland« zu wachsen.

Eine stabilisierende Wirkung trat also in dem wahrscheinlich erhofften Maße nicht ein. Auch das Vorgehen gegen Korruption und Amtsmissbrauch

Tab. 1: Die Nationalen Projekte und ihre Finanzierungsstruktur 2019-2021
(Angaben in %, bereitgestellte Haushaltsmittel = 100)

	Bezeichnung	2019	2020	2021	2019-21
I	Demografie	30,17	25,35	28,68	27,9
II	Gesundheitswesen	9,35	14,23	12,72	12,26
III	Bildung	6,19	5,84	7,10	6,36
IV	Wohnen und städtische Räume	6,14	5,01	5,77	5,60
V	Ökologie	3,54	4,32	6,78	4,9
VI	Sichere und hochwertige Straßen	7,57	4,96	7,32	6,52
VII	Arbeitsproduktivität und Beschäftigungsförderung	0,42	0,33	0,37	0,37
VIII	Wissenschaft	2,16	2,04	2,94	2,37
XI	Digitalwirtschaft	6,30	5,88	9,48	7,19
X	Kultur	0,76	0,66	0,91	0,77
XI	Klein- und mittleres Unternehmertum und Unterstützung Selbständiger	3,53	1,81	2,7	2,62
XII	Internationale Kooperation und Export	5,03	3,55	6,61	5
XIII	Komplexer Plan der Modernisierung und Erweiterung von Infrastruktur von besonderer Bedeutung	18,85	15,31	20,62	18,12

Quelle: Kurnysheva, I.R. (2019). Konkurentosposobnost' rossijskoj ékonomiki: évoljucija, struktura i perspektivy, in: Vestnik IÉ RAN 4/2019, 36-53, S. 46f.

scheint kaum derartige Wirkungen zu haben; es erscheint punktuell und selektiv. Dadurch erhöhen selbst derartige Aktionen das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsmacht nicht. Der Regierung fallen da auch nur kontraproduktive Lösungen ein.

Ministerpräsident Medvedev drohte unlängst, dass Staatsangestellte, die das Vertrauen von »Einiges Russland« verloren hätten, mit »Konsequenzen« rechnen müssten (erste Berichte sprachen davon, dass er mit ihrer Entlassung gedroht habe, was dann demontiert wurde) (Mel'nikova 2019).

Gleichzeitig versucht man, die Gouverneure, deren Beliebtheitswert zuletzt im Vergleich zu der Regierung gestiegen war, strenger auf eine unmittelbare Unterstützung der Politik der Zentralregierung zu verpflichten. Bereits im Februar waren Kriterien für die Bewertung der Effektivität der Arbeit der Gouverneure festgelegt worden. »Im Einzelnen werden das Vertrauen der Bevölkerung in den Präsidenten und den Gouverneur, aber auch die Wahlergebnisse in jeder Region bewertet.« Die Arbeit solle sich auf die Werte »Offenheit, Bescheidenheit, Aufrichtigkeit und Kontrolle« stützen (Muchametšina 2019).

Zwischen Stagnationsrealität und Modernisierungsrhetorik

Mit der Regierungsbildung 2018 und der Rentenreform sind Weichenstellungen erfolgt, die in ihren Konsequenzen als Kurs auf eine neoliberale Modernisierung verstanden werden können. Es schiebt sich eine neue Generation Neoliberaler in den Vordergrund, die die Vorteile des russischen Staatskapitalismus erkennen und sich dabei durch den chinesischen Weg bestätigt fühlen. Ob allerdings die Tendenz der platten »Amerikanisierung«, gemildert durch die Neuordnung der Kräfte der Putin-Jahre, nun durch eine Sinisierung ersetzt werden wird, ist unwahrscheinlich. Die Bedingungen in Russland und China sind inzwischen zu unterschiedlich.

Das zeigt sich vor allem darin, wie die Anstrengungen zur Modernisierung der russländischen Wirtschaft immer wieder an inneren Widersprüchen im Lande scheitern. Schlagzeilen wie »Robotertechnik begeistert die Jugend, treibt aber keine Wurzeln in der Wirtschaft« charakterisieren die Situation. (Ovsjannikov 2019). Weder im wirtschaftlichen noch im sozialen Bereich sind in den letzten Jahren wesentliche Durchbrüche erreicht worden. Die enormen materiellen und intellektuellen Potenziale des Landes bleiben blockiert. Die Botschaften und Aufgabenstellungen des Präsidenten zur Ent-

wicklung von Wirtschaft und sozialer Sphäre zeichnen immer wieder ein Bild des Aufbruchs. Die Realität blockiert oder karikiert dieses Wollen. Nun ist das Scheitern großer Pläne an sich nicht das Problem – die seit Jahren beständige Wiederholung dieses Scheiterns allerdings schon. In einer solchen Konstellation gehen Glaubwürdigkeit und Autorität verloren. Das ist in einem Land, in dem ohnehin lediglich der Präsident über längere Zeit als die einzige halbwegs glaubwürdige Instanz betrachtet wurde, schon ein Problem. Der fehlende Erfolg in der Erneuerung der Wirtschaft lässt zwangsläufig die Probleme in der generellen Haltung zu sozialen und Beschäftigtenrechten, in der sozialen Infrastruktur, dem Gesundheitswesen, in der Umweltpolitik sowie Bildungs- und Forschungspolitik umso deutlicher ins Bewusstsein treten.

Einer der zentralen Problembereiche sind die Nationalen Projekte, die vom Präsidenten verkündet wurden. Sie sollen eine robuste Entwicklung des Landes gewährleisten, die Konkurrenzfähigkeit der russischen Wirtschaft entscheidend erhöhen, gleichzeitig soziale Stabilität schaffen und das Land in den Kreis der führenden Wirtschaftsmächte einreihen. Eine Untersuchung zur Auslastung der Haushaltsmittel 2019 zeigt nun allerdings, dass in den ersten neun Monaten des Jahres nur 52% der Mittel für die Nationalen Projekte abgerufen wurden, auf den Schlüsselgebieten Ökologie und Digitalwirtschaft sogar nur 22% bzw. 12% (Jastrebova/Mereminskaja 2019).

Das Problem liegt jedoch noch tiefer. Eine Untersuchung aus dem Institut für Ökonomie der Russländischen Akademie der Wissenschaften problematisiert Ausrichtung und Schwerpunktsetzungen der Nationalen Projekte (siehe Tabelle 1).

Insbesondere kritisiert die Autorin, dass die Verbindung zwischen den Projekten nur schwach, dass die Finanzierung unsicher (oft werden Vorhaben bestätigt, dann nicht vollständig finanziell

Lutz Brangsch ist wissenschaftlicher Referent im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In *Sozialismus.de* 5/2019 schrieb er über »Russland – Auf dem Weg zur dunklen Seite der Macht«.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

**Leser/in werden
Neue Abonnenten/innen
erhalten eine Buchprämie
als Geschenk**

www.spw.de

untersetzt, reduziert und wieder bestätigt) und auch die personelle Absicherung oft nicht gewährleistet sei. Auch werde das Ziel, mehr Mittel in den Bereich Forschung und Entwicklung zu lenken, nicht erreicht. Insgesamt fehle eine einheitliche Strategie, die die Projekte zu Momenten eines Innovationszyklus macht, der mit dem Bildungssystem beginnt. Dem stünden, z.B. bezüglich der Digitalisierung, kurzfristige haushaltspolitische Interessen, die Schwäche der materiellen, wissenschaftlich-technischen und technologischen Basis der Bildungs- und wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen, die digitale Ausrüstungen produzieren, sowie das Fehlen von Anreizen zur Nutzung digitaler Leistungen bei Konsument*innen wie Produzent*innen entgegen. Information und Kommunikation, so die Autorin weiter, verlaufen vor allem in der Vertikale, führen also nicht zu einer Intensivierung wirtschaftlicher Verflechtungen in der Breite (vgl. Kurnysheva 2019: 47-51).

Spinnt man diesen Gedanken weiter, so könnten die Projekte, die eigentlich die Konkurrenzfähigkeit der russländischen Wirtschaft erhöhen sollten, sogar desintegrierende Wirkungen entfalten. Das deckt sich mit Berichten, dass die mit den Projekten verbundenen Finanzströme durch eine Vielzahl von Kontrollmechanismen nicht etwa transparenter werden, sondern undurchsichtiger (vgl. Baškatova 2019). Die damit verbundenen Blockaden verhindern auch, abgesehen von den Sanktionen, dass der Export von Industriegütern zu einem wichtigen Faktor der Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wird. Zwar gäbe es genug Instrumente der Exportförderung, aber diese seien in unzureichendem Maße zugänglich. Der Abbau dieser Hindernisse wäre aber Voraussetzung dafür, dass die auf den Außenmärkten für die russländischen Exporteure bestehenden Barrieren, etwa bestimmte Konkurrenz Nachteile, überwunden werden könnten (vgl. Volkov 2019: 123). Die Dynamik, die in China sowohl direkt wie auch indirekt, sowohl bezüglich des Binnenmarktes also auch des Außenhandels, vom Hightech-Sektor ausgeht, kennt Russland nicht.

Hinzu kommt ein weiterer desintegrierender Faktor. Zwar ist der Anteil von Projekten, die unmittelbar die soziale Lage betreffen, hoch. Die Projekte I bis IV umfassen immerhin 52% der für den Zeitraum 2019-2021 veranschlagten Mittel. Stimulierende Wirkungen entfalten diese Projekte allerdings kaum. Die Rentenreform, die schwache Einkommensentwicklung und Auseinandersetzungen um schlechte Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen verweisen auf eine Stagnation im sozialen Bereich. Selbst Erfolgsmeldungen haben einen bitteren Beigeschmack: So teilte die russländische Statistik unlängst mit, dass der Anteil der Familien, deren Einnahmen gerade reichen, um die Ernährung sicherzustellen, von 2018 zu 2019 von 16,7 auf 15,2% gesunken ist. Allerdings ist damit der Anteil der Familien, in denen die Einkommen gerade ausreichen, um Ernährung und Kleidung abzusichern, um 0,2% auf 49,2% gestiegen (Rosstat 2019). Hinzu kommen wachsende Proteste gegen die Umweltpolitik der Regierung. Seit längerer Zeit ist Šies im Norden Russlands zu einem Symbol dieser Kämpfe geworden. Hier kämpfen Einwohner*innen und Aktivist*innen gegen eine Mülldeponie, die Abfälle u.a. aus Moskau aufnimmt. Inzwischen werden diese Proteste auch in anderen Regionen unterstützt (vgl. Brickaja 2019). Die Dimension des Problems wird u.a. auch daran deutlich, dass die »Müllkrise in Russland« einen eigenen ausführlichen Artikel in der russischsprachigen Variante von Wikipedia hat (Vikipedija 2019).

Krise der Regulierung, Krise des Akkumulationsregimes

Somit steckt Russland in einem Regulierungsdilemma. Es wird viel kontrolliert und reguliert, ohne dass eine produktive Wirkung eintritt. Die Bändigung der Partikularinteressen in der Oberschicht bedeutet Konservierung, Verhinderung von Auswüchsen, nicht Lenkung von Dynamik und trifft unterschiedslos Beschäftigte und Teile des Unternehmertums. Der einzige Unterschied zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften/Beschäftigten ist, dass das Verhalten gegenüber Ersteren wirkungsvoll skanda-

lisiert wird, während die auch generell von der Kapitaleseite ausgehende Verschärfung des Drucks auf Beschäftigte und ihre Organisationen meist nur für die eigenen Zwecke, die Propagierung der unternehmerischen Freiheit, instrumentalisiert wird.

Betrachtet man diese Fragen im Zusammenhang, so lässt sich von einer sich zuspitzenden Krise der Regulierung und des russischen Akkumulationsregimes sprechen. Dabei sind die beginnenden Auseinandersetzungen um die Nachfolge Putins sicher ein wichtiger Faktor. Aber die Ursache dieser Entwicklungen liegt nicht in der Person des Präsidenten. Entscheidend ist die Machtkonstellation, in die sein Handeln eingebunden ist. Das Machtzentrum liegt im Dreieck von Präsidialmacht, extraktiver Industrie und Bankensektor. Trotz der immer wieder vom Präsidenten gestellten Aufgaben ist vor diesem Hintergrund eine der chinesischen auch nur annähernd ähnelnde Entwicklung nicht zu erwarten: Das politische Wollen findet kein entsprechend mächtiges ökonomisches Interesse. Lediglich im Bereich der Rüstungsproduktion scheint der Technologietransfer zu funktionieren – allerdings ohne Ausstrahlung auf die Volkswirtschaft insgesamt.

Aleksandr Širov vom Institut für volkswirtschaftliche Prognostik sieht die Ursachen für die der Krise 2008/2009 folgende Phase der Stagnation darin, dass seitdem die Struktur der Wirtschaft konserviert wurde (vgl. Širov 2019: 39). Er verweist darauf, dass die Erneuerung des Produktionsapparates und damit die Einführung neuer Technik und Technologien nur eine geringe Dynamik aufweist, bei durchaus wichtigen Unterschieden zwischen den Sektoren. Für die Erdölverarbeitung konstatiert er einen Erneuerungskoeffizienten von 8,5%, während er für die Wirtschaft insgesamt bei 3,32% liegt. Aber selbst da, wo diese Modernisierungsinvestitionen vorgenommen wurden, ist die Auslastung der Kapazitäten gesunken. Er gibt an, dass z.B. im Maschinenbau die Auslastung von 58% im Jahr 2013 auf 45% im Jahr 2017 gesunken sei. Širov sieht ein entscheidendes Problem darin, dass die Einnahmen aus dem (rohstoffzentrierten) Außenhandel sich nicht in

wachsende Inlandsnachfrage umsetzen. Er verweist auch auf die Haushaltspolitik, die nicht nachfragefördernd wirkt, was mindestens indirekt wieder mit den erwähnten Problemen bezüglich der Nationalen Projekte zusammenhängen dürfte.

In der russländischen Diskussion wird in gleichem Maße immer wieder die restriktive Kreditvergabe durch die Banken und die generell anhaltende Rechtsunsicherheit für Unternehmen angeführt. Die ganze russländische Wirtschaft, so der Autor weiter, zerfalle in zwei ungleiche Teile: in einen kleineren, der über Geld verfügt, es aber nicht investiere, weil die Modernisierungsinvestitionen schon gemacht, aber die Kapazitäten nicht ausgelastet sind, und einen größeren, der investieren würde, dies aber wegen der finanziellen Beschränkungen nicht kann. 75% der Unternehmen hätten keinen Zugang zu soliden Finanzierungswegen über Banken. So sinkt der Anteil der Investitionen und steigt der der ausgeschütteten Gewinne, die, so der Autor, dann in Valuta umgetauscht werden bzw. die Nachfrage nach ausländischen (Luxus-)Waren beläuben.

Die skizzierte Machtkonstellation und die beiden damit verbundenen Faktoren Investitionsschwäche und Stagnation der Arbeitseinkommen und des sozialen Bereichs verstärken sich gegenseitig und prägen das gesellschaftliche Klima. Auch die bürgerliche Opposition bleibt in diesem »Akkumulations- und Regulierungsdilemma« gefangen. Die dort vertretenen Vorstellungen von Investitionssicherheit und wirtschaftlicher Freiheit schließen, und hier liegt die Gemeinsamkeit mit dem herrschenden Block, eine Stärkung des Sozialen und der Beschäftigtenrechte aus. Die Rentenreform war ein gemeinsames Projekt sowohl der regierungsfreundlichen als auch der oppositionellen (neo)liberalen Fraktion. Damit können sich, auch hier ein Unterschied zu China, keine wirksamen Potenziale für einen sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Ausgleich bilden, die in gewissem Umfang die repressiven Tendenzen kompensieren könnten.

Oppositionsparadoxon

Die Selbstblockade des herrschenden Blocks findet eine Entsprechung in der Selbstblockade der verschiedenen oppositionellen Strömungen. Die in breiten Kreisen der Bevölkerung vorhandene prinzipielle Bereitschaft, an Protestaktionen teilzunehmen, fällt zusammen mit einer nach wie vor hohen Wertschätzung des Präsidenten, während das Parlament und der Ministerpräsident ausgesprochen schlecht bewertet werden. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, schwanken Ängste und Konformität teilweise von Monat zu Monat beträchtlich, der Trend ist aber ohne deutliche Richtung nach oben oder unten (Levada-centr 2019a). Auch die »öffentliche Meinung« scheint selbst blockiert. Da die bürgerliche Opposition eng mit den antisozialen Tendenzen verbunden ist, scheint selbst die »Erklärung über die Schaffung einer zivilgesellschaftlichen Koalition«, verabschiedet u.a. von den Parteien PARNAS und »Partei des Wandels«, weitgehend ohne Resonanz zu bleiben. Sie rufen dazu auf, sich zur Rettung des Landes zu vereinigen (Nezavisimaja gazeta 2019). Der einzige und unwidersprochene Kommentar eines Users auf der Website stellt die Frage, ob die korrupten Oppositionellen in diesen Parteien auch ihre ungerechtfertigt erzielten Einkommen teilen werden. Das formulierte Anliegen, ein Bündnis von Kommunisten bis Liberalen zu schaffen, kollidiert auch auf der programmatischen Ebene mit der Realität – PARNAS sieht sich in der Tradition der Partei der Kadetten und hat die »Dekommunisierung« in ihrem Programm verankert. Am 29. und 30. November sollen im ganzen Land Aktionen stattfinden, die, nach den Worten eines der Organisatoren, von den liberalen Parteien getragen würden (Garmonenko 2019).

Auch innerhalb der Linken hält die Diskussion darüber, was zu tun ist und welche Formen bzw. Partner einen gesellschaftlichen Wandel ermöglichen könnten, an. Auf dem Russländischen Sozialforum im Mai 2019 wurde von Redner*innen verschiedener Strömungen die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns beschworen. Ein Vertreter der

eher »wirtschaftsfreundlichen« Partei des Wachstums (Partija Rosta) sprach sich in Anspielung auf den Filmzyklus »Der Herr der Ringe« für eine »Bruderschaft des Rings« aus (Brangsch 2019). Die Analogie spiegelt tatsächlich das Problem wider: Alle Beteiligten müssten über ihren Schatten springen.

Unlängst setzte sich Boris Kagarlickij in einer »Antwort an frühere Kollegen« mit der Tendenz auseinander, sich aus den täglichen Kämpfen zurückzuziehen. Er formuliert hinsichtlich der Frage, was unter diesen Bedingungen überhaupt getan werden kann, das Paradoxon, dass eigentlich nur die Beschäftigten ein Interesse an der Verteidigung des inneren Marktes, der Reindustrialisierung, der Belebung der Wirtschaft in den abgehängten Regionen und an der Entwicklung der Infrastruktur haben. Dabei fasst er den Begriff der Beschäftigten (er benutzt in russischer Tradition den Begriff *трудящиеся*, also Werkstätige oder Arbeitende) breit: Dazu gehören auch das Kleinunternehmertum, die unteren Stufen der Bürokratie und andere, vom Standpunkt der Linken, »nicht ganz proletarische Gruppen der Bevölkerung«. Er sieht im Rahmen der bestehenden staatskapitalistischen Strukturen keine Möglichkeit eines wirtschafts- und sozialpolitischen Wandels. Man werde, so schreibt er, einen Umschwung zu einem anderen Wirtschaftsmodell (er nennt es Merkantilismus) nur gemeinsam und gleichzeitig mit einer reformistisch-sozialistischen Regierung erreichen. Nur so und im Kampf um Demokratie werde sich ein politisches Bewusstsein bilden, das eine neue »Klassenbewegung« heranreifen lasse. Dabei sieht er die Partei »Gerechtes Russland« als wichtigen Partner an (Kagarlickij 2019).

Ob diese Konstellation tragfähig ist, wird sich zeigen. Das Verhältnis zu dieser Partei, die sich als sozialdemokratisch versteht, ist unter den Linken sehr differenziert. Allerdings spielt eines der Mitglieder der Duma-Fraktion der Partei, Oleg Šein, Vizepräsident der »Konföderation der Arbeit«, einer recht kämpferischen Gewerkschaft, eine zentrale Rolle bei den Protesten gegen die Beschränkung von sozialen und Beschäftigtenrechten.

Jedenfalls treibt das Agieren der russländischen Oberschicht in Wirtschaft und Politik die Beschäftigten in wachsendem Maße dazu, sich im Widerstand zu vereinigen. Ausstehende Lohnzahlungen, miserable Arbeitsbedingungen z.B. im Gesundheitswesen, Willkür seitens der Vorgesetzten und politischer Druck auf die Gewerkschaften sind Normalität. Das Verschleppen von Reformen, die die tatsächlichen Probleme lösen, sei es in der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik oder hinsichtlich des Staates, lässt sich nur begrenzte Zeit mit Druck und weiteren Versprechungen kompensieren. Die Entspannung des gesellschaftlichen Klimas durch den Beitritt der Krim wird sich nicht wiederholen können – und selbst diese Entspannung ließ bis heute Spaltungen in der russischen Gesellschaft zurück, die bis in die Familien reichen. Bei allen durchaus auch positiven Entwicklungen der Putin-Ära gelang es nicht, sich von der Logik der Schock-Therapie Anfang der 1990er Jahre zu lösen. Was lange währt, wird nicht unbedingt besser, wenn man nicht bereit ist, sich an einem bestimmten Punkt grundsätzlich zu ändern. Dieser Punkt scheint in Russland verpasst.

Literatur

- Aptekar', Pavel (2019): Žestokij razgon protestov izmenil situaciju ne tol'ko v Moskve, in: Vedomosti, abrufbar unter: www.vedomosti.ru/opinion/articles/2019/07/29/807491-zhestokii-razgon (letzter Zugriff: 25.10.2019).
- Baškatoва, Anastasija (2019): Maksimu Oreškinu i Alekseju Kudrinu ne chvatilo svobodu, in: Nezavisimaja gazeta, abrufbar unter: www.ng.ru/economics/2019-10-28/1_7713_economy.html (letzter Zugriff: 29.10.2019).
- Brangsch, Lutz (2019): Auf der Suche nach sich selbst, in: Mehring1, abrufbar unter: <https://ifg.rosalux.de/2019/06/27/auf-der-suche-nach-sich-selbst/> (letzter Zugriff: 17.11.2019).
- Brickaja, Tat'jana (2019): Sever. Dalee vezde. V 30 gorodach strany prošli mitingi protiv stroitel'stva musornogo poligona v Šiese, in: Novaja Gazeta, abrufbar unter: www.novayagazeta.ru/articles/2019/09/23/82081-sever-dalee-vezde (letzter Zugriff: 25.10.2019).
- Garmonenko, Dar'ja (2019). Oppozicija pytaetcja našžupat' nerv protesta, in: Nezavisimaja gazeta, abrufbar unter: www.ng.ru/politics/2019-11-14/1_3_7727_coalition.html (letzter Zugriff: 15.11.2019).

- Jastrebova, Svetlana/Mereminskaja, Ekaterina (2019): Ispolnenie bjuždžeta stalo naichudšim za devjat' let, in: Vedomosti, abrufbar unter: www.vedomosti.ru/economics/articles/2019/11/11/815917-ispolnenie-byudzheteta (letzter Zugriff: 12.11.2019).
- Kagarlickij, B. Ju (2019): Otvet byvšim kollegam, in: Rabkor.ru, abrufbar unter: http://rabkor.ru/columns/editorial-columns/2019/10/23/what_have_you_become/ (letzter Zugriff: 25.10.2019).
- Kurnysheva, I.R. (2019): Konkurentosposobnost' rossijskoj ékonomiki: évoljucija, struktura i perspektivy, in: Vestnik IÉ RAN 4/2019, 36-53.
- Levada-centr (2019a): Indicators, in: Levada-Center [en], abrufbar unter: www.levada.ru/en/ratings/ (letzter Zugriff: 17.11.2019)
- Levada-centr (2019b): Trevožaščie problemy, in: Levada-centr, abrufbar unter: www.levada.ru/2019/09/25/trevozhashhie-problemy-2/ (letzter Zugriff: 16.11.2019).
- Mel'nikova, Anastasia (2019): Medvedev predložil uvol'njat' vsech činovnikov, poterjavšich doverie »Edinoj Rossii«, in: Znak, abrufbar unter: www.znak.com/2019-10-24/medvedev_predložil_uvolnyat_vseh_chinovnikov_poteryavshih_doverie_edinoy_rossii (letzter Zugriff: 25.10.2019).
- Muchametšina, Elena (2019): Administracija prezidenta ocenila éffektivnost' „političeskich vice-gubernatorov“, in: Vedomosti, abrufbar unter: www.vedomosti.ru/politics/articles/2019/11/10/815876-administratsiya-prezidenta (letzter Zugriff: 13.11.2019).
- Nezavisimaja gazeta (2019): Tekst Zajavlenija o sozdanii Graždanskoj koalicii Nezavisimaja gazeta, in: Nezavisimaja gazeta, abrufbar unter: http://www.ng.ru/politics/2019-10-24/2_7711_manifesto.html (letzter Zugriff: 29.10.2019).
- Ovsjannikov, Ivan (2019): Robotechnika uvlekaet molodjož, no ne priživaetsja v ékonomike, in: Eurasianet, abrufbar unter: <https://tinyurl.com/sb7c5up> (letzter Zugriff: 25.10.2019).
- Rosstat (2019): Každoj vtoroj sem'e v Rossii chvataet sredstv tol'ko na edu i odeždu, in: Nastojaščee vremja, abrufbar unter: www.currenttime.tv/a/economic-russia/30229244.html (letzter Zugriff: 25.10.2019).
- Širov, A.A. (2019): Problemy vosproizvodstva v possijskoj ékonomike, in: Voprosy političeskoj ékonomii Nr. 2/2019, 37-46.
- Vikipedija (2019): Musornyj krizis v Rossii (2018-2019), in: Vikipedija, abrufbar unter: <https://tinyurl.com/we949xz> (letzter Zugriff: 16.11.2019)
- Volkov, R.G. (2019): Netarifnyje bar'ery i prepjatstvija dlja éksporta rossijskich promyšlennych tovarov; vzgljad krupnejšich otečevnych proizvoditelej, in: Vestnik IÉ RAN 3/2019, 107-125.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

